

## Kritik an der Vereinigung und am Ministerium für Maschinenbau

Das Hauptaugenmerk der technischen Leitung muß darauf konzentriert werden, eine kontinuierliche (ununterbrochene) Produktion zu gewährleisten. Von 14 Betrieben, mit denen wir zu einem Vertragsabschluß kommen wollten, erklärten sich nur sechs Betriebe dazu bereit. Die anderen Betriebe schützten anfangs unüberwindbare Schwierigkeiten vor. Die Konventionalstrafe ist für viele Betriebe heute noch ein Schreckgespenst. Doch diese Maßnahme wird dazu beitragen, den produktionstechnischen Ablauf und auch das finanzielle Ergebnis des Betriebs laufend zu verbessern.

Engpässe, die heute noch in der Materialplanung bestehen, werden z. T. durch falsche Dispositionen und durch eine unverantwortliche Arbeitsweise unserer Genossen in der Vereinigung und in der Verwaltung herbeigeführt. Viele Angestellte im Regierungsapparat arbeiten zu schematisch und formell. Wie oft werden die Vertreter unseres Betriebs im Ministerium für Maschinenbau von einer Stelle zur anderen verwiesen, erhalten widerspruchsvolle Auskünfte oder werden mit der Erklärung: „Wir können nicht helfen“ nach Hause geschickt. Diesen Mitarbeitern ist zu empfehlen, die Worte des Genossen Grotewohl, die er auf der Finanzpolitischen Konferenz gesprochen hat, zu studieren:

„Unsere Arbeit unterliegt jetzt dem unabweisbaren und zwingenden Prinzip, zu neuen und besseren Methoden

zu gelangen. Jede neue Regelung bedarf einer gründlichen fachlichen und politischen Vorarbeit, damit nicht fehlerhafte Anordnungen oder Regelungen kurzfristig berichtigt, ergänzt oder gar aufgehoben werden müssen. Eine solche Arbeitsmethode schafft nur Wirbel und Durcheinander; denn Order und Konterorder ergeben immer nur Disorder.“ („Neues Deutschland“, 21. September 1951.)

Die Betriebsparteiorganisation hat die Lehren aus der 6. Tagung des Zentralkomitees sowie das Ergebnis der Beratungen der finanzpolitischen Konferenz in ihrer täglichen Arbeit zum Ausgangspunkt ihrer Tätigkeit gemacht. Die Genossen in den Leitungen der Massenorganisationen sowie unsere Wirtschaftskader wurden von der Parteileitung angeleitet, sich mit aller Entschiedenheit für die Durchsetzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung einzusetzen. Wir können dabei die Feststellung treffen, daß sich alle Kollegen in der Verwaltung und in der Produktion unseres Betriebes, nachdem sie Sinn und Inhalt der wirtschaftlichen Rechnungsführung begriffen haben, mit großer Bereitschaft für das Neue erklärt haben und mit Verständnis am gemeinsamen Ziel arbeiten.

Otto Dittrich

Mit diesem Beitrag setzen wir die Diskussion um die Erfahrungen unserer Genossen bei der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den volkseigenen Betrieben fort. Wir bitten die Parteileitungen, sich rege an diesem Erfahrungsaustausch zu beteiligen.

Die Redaktion

ЯИ»«\$

## ^ **...it dem Sektierertum**

### im Stahl- und Walzwerk

### «Wilhelm Florin», Hennigsdorf

In dem Brief des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 27. November 1951, „Über die Notwendigkeit der Förderung der Intelligenz“ heißt es:

„Im Fünfjahrplan, der am 1. November 1951 von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zum Gesetz erhoben wurde, sind alle die Maßnahmen festgelegt, die notwendig sind, um eine der Hauptaufgaben, die der III. Parteitag der Partei, aber auch allen fortschrittlichen Werktätigen stellte, nämlich, die Produktivkräfte des Landes in einem Ausmaß und in einem Tempo zu entfalten, wie sie in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands bisher unbekannt waren, zu verwirklichen. Die politische Grundlage für die Durchführung des Wirtschaftsplanes ist das enge Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern und die enge kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterklasse und der Intelligenz ...“

Dieser Brief des Zentralkomitees wurde allen Parteileitungen in den Ländern, Kreisen und Orten, in den Regierungs- und Verwaltungsorganen, in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben mit dem Ersuchen zu gestellt, ihn in den Leitungen durchzuarbeiten und in den Mitgliederversammlungen der Grundorganisationen zur Verlesung zu bringen und konkrete Beschlüsse im Interesse der Förderung der Arbeit mit der Intelligenz anzunehmen.

Bisher beschäftigten sich jedoch die Parteileitungen nur ungenügend mit diesem Brief. Das beweisen die Beispiele Transformatorenwerk „Karl Liebknecht“, Berlin, und Kreisleitung Zwickau. In beiden Fällen zeigte sich eine falsche und sektiererische Einstellung unserer Genossen zur technischen und wissenschaftlichen Intelligenz. Unsere Genossen mißachteten mit ihren Maßnahmen nicht nur die Leistungen der Intelligenz, sondern hemmten auch unseren schnellen Aufbau aus eigener Kraft und riefen durch ihr Vorgehen Beunruhigung in den Reihen der Intelligenz hervor. Auch im Stahl- und Walzwerk „Wilhelm Florin“, Hennigsdorf, nahm der Sekretär der Parteiorganisation, Genosse Kaczmarek, lediglich hiervon Kenntnis, ohne seinen Stellvertreter, dem Genossen Dobritz, über den Inhalt des Briefes zu informieren. Nicht wesentlich anders ist die Behandlung des Briefes in anderen volkseigenen Betrieben und einigen Kreisleitungen.

Die bisherige Unterstützung und Förderung der Intelligenz war noch sehr oft von Zufällen abhängig, und die Genossen in der Parteileitung des Stahl- und Walzwerkes „Wilhelm Florin“ versäumten es, in der Parteiorganisation